

Abg. Bayer. Ueber die Erklärung des Ministers auf den Antrag Richter quittire ich dankbar. Dieselbe enthält ein Anerkennung der Mäßigkeit unserer Kritik des Militärrechts, während es nach den Aeußerungen der gerühmten Presse scheinen muß, als handelten wir stets entweder aus Bosheit oder aus Unverstand. Im übrigen aber war ich wenig befriedigt von den Aeußerungen des Ministers. Während man früher im Kriegsministerium die Reformbedürftigkeit des Militärprozesses anerkannte, scheint man jetzt von dieser Meinung ganz zurückgekommen zu sein. Die Zustimmung der bairischen Volksvertretung zur Aufhebung der Befehlshaberschaft im dortigen Militärstrafverfahren wird

aussehe, wenn dieselbe nicht von der Declaffung des Rospiritus im internen Verkehr begleitet werde.

Diese Anschauung nun macht sich jetzt energisch gerade in denjenigen Kreisen geltend, welchen durch die Ausnahmestellung geholfen werden sollte. In der vorliegenden Nummer der „Zeitschrift für Spiritus-Industrie“ wird von sachverständiger Seite in Berlin ein Artikel „Zur Spiritus-Krise“ veröffentlicht, in welchem es heißt: „Will man die Konkurrenz des russischen Spiritus in Hamburg wirksam bekämpfen, so giebt es nur ein rationelles Mittel; dieses besteht darin: Hamburgs Rundschaft für das deutsche Product zu gewinnen. Das bisher beobachtete System, Hamburg vom Inlande abzuschneiden, welchem die vielbesprochene Clause „per mare“ ihre Entstehung verdankt, hat nur den Erfolg gehabt, welchen einschichtige Beurtheiler der Sachlage vorausgesetzt haben: Es hat sich im höchsten Grade verderblich für unsere Landwirtschaft erwiesen; Nutzen von der Clause hatten nur einige Spiritusfabriken in Posen und Breslau und die russische Spiritusindustrie.“

Die sachverständige Redaction der Zeitschrift erklärt sich mit der Tendenz dieses Artikels vollständig einverstanden; auch habe sich der Verein der Spiritusfabrikanten an den Eisenbahnminister mit der Bitte gewendet, die Clause „per mare“ aufzuheben, — leider vergeblich. „Es werden“, — sagt die Redaction — „die beständigen Anstrengungen gemacht, um durch geschickte Handelsverträge neue Absatzgebiete für deutschen Spiritus zu gewinnen; einen der hauptsächlichsten, und das ist eben Hamburg, weiß man sich nicht zu erhalten.“

Diesen sachverständigen Ausführungen, welchen die inländische Rospiritus-Industrie und Landwirtschaft ihre Zustimmung gewiss nicht verweigern dürfte, ist nur noch hinzuzufügen, daß auch die damals ausgesprochene Hoffnung auf bessere Preise sich, wie bekannt, nicht erfüllt hat. Loco-Spiritus notirte an der Berliner Börse Anfang August 1883 57,50 Mk., dagegen Anfang Dezember d. J. 43,50 Mk. Bei dieser rückgängigen Coniunctur, dem beispiellos niedrigen Preisstande des Artikels, der inländischen Ueberproduction und der ausländischen Konkurrenz bleibt der deutschen Fabrikation und dem Handel von Rospiritus ein Absatzgebiet von 30—40 Millionen Liter Spiritus verschlossen, — das Quantum, welches Hamburg zum Zwecke eigener Verarbeitung alljährlich von auswärtigen Bezügen muß. Seltener noch hat auf wirtschaftlichem Gebiete eine einseitige Interferenzpolitik in so offenkundiger Weise Schiffbruch gelitten.

Berlin, 9. Dezember. Das Reichsversicherungsamt läßt jetzt ein amtliches Organ: „Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamtes“ erscheinen, dessen erstes Erscheinen zunächst für je 14 Tage in Aussicht genommen ist. Nach dem Prospect ist dieses amtliche Organ dazu bestimmt, das Unfallversicherungsweien im deutschen Reich nach allen Richtungen durch amtliche Bekanntmachungen, sowie durch nichtamtliche Aufsätze zu behandeln.

Der neue Reichstag. Alterspräsident des neuen Reichstags ist wie in den vorhergehenden Legislaturperioden nicht eigentlich Graf Moltke (geb. 26. Okt. 1800), sondern Hr. Dollfus, der gen. einen Monat älter ist (geb. 26. Sept. 1800). Aus diesen beiden hat nur noch ein Abgeordneter das 80. Lebensjahr überschritten: Graf Bernstorff, der am 15. Oktober 1803 geboren ist. Dessen drei Senatoren stehen drei jüngere Mitglieder gegenüber, die das 30. Jahr noch nicht erreicht haben: Erbgraf v. Helldorf (geb. 30. Okt. 1856), der im letzten Reichstage das jüngste Mitglied war. Moltke, der 26. Sept. 1800 geboren ist, und 3 jüngere Abgeordnete: v. Helldorf (geb. 30. Okt. 1856), v. Helldorf (geb. 30. Okt. 1856), v. Helldorf (geb. 30. Okt. 1856), v. Helldorf (geb. 30. Okt. 1856).

Windthorst'sche Anträge. Seine Jungferrede gehalten hat. Zwischen dem 70. und 80. Lebensjahre stehen noch 18 Abgeordnete: v. Bernuth (geb. 1808), Meier (1809), Bürtin, Dieden, Dr. Reichensperger und Frhr. v. Tettau (geb. 1810), v. Grotz (1811), v. Alten, Borowski, Menten, Dr. Windthorst (1812), Saanen, Kopper, Hs (1813), Frhr. v. Aretin, Ausfeld, v. Lüderitz und v. Kleist-Nowow (1814). Der Letztgenannte ist erst vor wenigen Tagen 70 Jahre alt geworden; sein Geburtstag (24. Novbr.) scheint ziemlich spurlos vorübergegangen zu sein. Von den 18 „alten Herren“ gehört einer der Volkspartei an, 2 den Nationalliberalen, 2 den Deutschfreisinnigen, 3 den Conservativen und nicht weniger als 10 dem Centrum. Trotz der 21 Mitglieder, die über 70 Jahre zählen, ist aber doch der gegenwärtige Reichstag der jugendlichste, der je gewählt ist. Es sind außerordentlich viel „junge Leute“ da. Außer

rasch, allmählich und leise mußte er dieses Band lösen, mochte darüber in ihm auch manches zu Grunde gehen, worauf er bisher stolz gewesen.

Er setzte sich zu ihr und nahm beschwichtigend ihre Hand in die seine.

„Komm, Kind, beruhige Dich und trockne Deine Thränen. Verzeihe mir, wenn ich Dich gekränkt habe, ich hatte nicht die Absicht, es zu thun, vergiß es!“

„Liebster, Du bist mir also nicht mehr böse?“

„Glaube mir, ich bin es nie gewesen!“

„Ich bin zufrieden, daß Du es jetzt nicht mehr bist! Und Du wirst nicht mehr scheitern über das, was ich gesprochen habe?“

„Nein, nein! Im Gegentheil, ich danke Dir für Deine Offenheit! Sei immer ehrlich gegen mich, Veila, willst Du?“

Sie nickte. „Du willst jetzt gehen? Wohl, gehe! Aber Du kommst wieder, versprich es mir!“

„Ja, wenn Du es wünschst!“

„Morgen?“

„Vielleicht, nein bestimmt! Bist Du zufrieden?“

Sie umschlang ihn und küßte ihn.

Und nun ist alles wieder gut, und es soll bleiben, wie es gewesen? O Dank, Dank! Du Lieber, Böser!“

Sie hatte ihn bis zur Thür begleitet und blieb lausend stehend, während er durch das Vorzimmer schritt. Dann hörte sie seinen Schritt auf der Treppe, dann fiel unten eine Thür ins Schloß, dann war alles still im weiten Gebäude!

Als sie ihr Haupt aufs Kissen legte, umgaukelten sie nur lichte, heitere Bilder. Sie hatte ihn nicht verloren, ihn, der ihr, wie sie sich mit natbem Erstaunen gestand, in der kurzen Zeit ihrer Bekanntschaft fast lieber, nein nicht lieber, aber doch eben so lieb geworden war, wie ihre Kunst. Und es mußte ihr auch ferner gelingen, diese beiden sich beherrschenden Mächte unter ihrer Herrschaft zu erhalten. Die Wahl zwischen beiden war zu schwer, sie konnte ohne ihre Liebe nicht leben und auf ihre Kunst nicht verzichten. Beide waren notwendig zu ihrem Glücke, sie mußte sich beide erhalten. Und warum sollte ihr das, was ihr einmal gelungen war, nicht zum zweiten Mal gelingen? War sie eine Frau, für die eine Leidenschaft leicht erkaltete?

Sie wußte, wie groß ihre Macht war, mit einem Lächeln der Zuversicht auf den Lippen entschloß sie.

(Fortf. folgt.)

den 3 Abgeordneten, die das 30. Jahr noch nicht erreicht haben, zählen wir noch 16, die zwischen dem 30. und 35. stehen (die zwischen dem 35. und 40. sind überhaupt nicht zu zählen): Frhr. v. Wangenheim und Dr. v. Mycielski (geb. 1854), Dr. Borich und Kayser (1853), Cegielski (1852), Freier v. Gravenreuth, Hise, Müller-Marienerwerder, Frhr. Jörn v. Bulach und Bieder (1851), Frhr. v. Gise, Dr. Sattler, Frohme, Rödiger und v. Vollmar (1850), und endlich Graf Herbert Bismarck, der am 28. Dezember 1849 geboren ist, also in wenigen Wochen seinen 35. Geburtstag feiert. Nach der Parteistellung sind unter diesen 16 ein Conservativer, einer von des Reichspartei, ein Elsäßer, 1 Nationalliberaler, 2 Polen, 5 Ultramontane und 5 Socialdemokraten. Die socialdemokratische Fraktion ist überhaupt nach dem Lebensalter ihrer einzelnen Mitglieder die jüngste im Parlamente; im Durchschnitt entfallen auf jeden einzelnen socialdemokratischen Abgeordneten noch nicht ganz 40 Jahre. Selbst die Polen, die von jeder viel jugendliche Mitglieder gehabt haben, sind im Durchschnitt älter.

Was den Geburtsort der einzelnen Abgeordneten betrifft, so werden die Feinde Berlins auch hier über eine Bevorzugung der Reichshauptstadt sich beschweren können. Während Berlin nur sechs Abgeordnete zu wählen hat, sind 18 hier geboren, und zwar haben sich die Berliner Kinder unter allen Parteien zerstreut. Nur sechs gehören der freisinnigen Partei an: Dr. Alexander Meyer, Lippe, Dr. Langerhans, Graf Sade, Dirichlet und Brömel, fünf den Conservativen: Wichmann, Uhden, v. Massow, v. Manteuffel und Bergmann, nicht weniger als drei den Ultramontanen: Kochan, v. Rehler und Graf Bernstorff, 2 der Reichspartei: Frhr. v. Urhise-Bonsi und Graf Bismarck, 2 den Socialdemokraten: Bieder und Singer. Wenn die Hauptstadt allein dreimal so viel von ihren Kindern in den Reichstag schickt als ihr zukünftig, müssen die einzelnen Staaten und Provinzen natürlich darunter leiden. Aber die Provinz Westfalen, die 17 Abgeordnete zu wählen hat, kann sich doch rühmen, noch drei mehr geschickt zu haben. Es bezeichnen sich nämlich 20 Abgeordnete als in Westfalen geboren. Da die Provinz keine großen Städte hat, ist das um so bemerkenswerth. Von jenen 20 gehört die Mehrzahl 11, wie sich denken läßt, dem Centrum an: die Grafen Droste-Bischoff und Galen, die Frhrn. v. Wendt, v. Schorlemer-Alst, v. Landsberg, v. Ketteler und v. Heereman, Stödel, Dr. Berger, Hise und Hesse; es kommen dann 2 Deutschfreisinnige: v. Windelmann und Buddeberg, 2 Nationalliberale: Dechelhauser und v. Bernuth, 2 Conservative: v. Gaffelbach und Bock, 1 Alt-Frischritter: Lezmann, und ein Socialdemokrat: Hansenleber.

Die Abgg. Vertram und Sander, die keiner Fraktion angehören, werden, obwohl sie offenbar den Freisinnigen am nächsten stehen, doch von den Nationalliberalen für sich reklamirt. Die Abstammungsliste über den Windthorst'schen Antrag weist nun nach, daß beide Herren, ebenso wie der gleichfalls Wilde Graf Sade, mit den Freisinnigen für den Antrag gestimmt haben. Dies Kriterium dürfte wohl genügen.

In der Wohnung des Fürsten Bismarck fand gestern Nachmittag eine Sitzung des Staatsministeriums statt.

Die Generalversammlung des deutschen Colonialvereins wird voraussichtlich am 22. Febr. in Berlin stattfinden.

Der Besitzer von Angra Pequena, Herr Lüderitz, weilt eben in Berlin, wo die Anwesenheit nötig ist, wegen der Absicht, die letztere englischer Firmen erhoben werden; da Frage dürfte durch ein internationales Schiedsgericht entschieden werden.

Frankreich.

Paris, 6. Dez. Um die Budgetdebatte noch vor Schluss der jetzigen Session zu Ende zu bringen, beabsichtigt Ferry nächste Woche den Antrag zu stellen, daß die Kammer täglich zwei Sitzungen halte. Gleichwohl ist die Kammer bereits seit drei Sitzungen mit dem Budget beschäftigt, so hat sie kaum das Aderban-Ministerium abgethan. Gelingt es der Regierung, ihr Budget bis Ende dieses Jahres bewilligt zu erhalten, so will sie gleich bei Beginn der nächsten Session die Listen-Abstimmung zur Annahme bringen und dann die Kammer auffordern, ihr Mandat für beendet zu erklären, so daß die Neuwahlen Ende April oder Anfangs Mai stattfinden können. Die auf dem Ministerium des Innern aus der Provinz angelangten Nachrichten melden, daß in den Departements, welche im Januar ihre Senatoren zu erneuern haben, die Opposition bereits stark arbeitet. Dieselbe hat bereits in allen Wahlbezirken ihre Candidaten bezeichnet. Die Republikaner wollen das neue Wahlgesetz abwarten. In Folge der Eripanisse, welche der Ausschuss am Budget anbrachte, wird eine größere Anzahl von Beamten abgeleitet werden müssen. Die am meisten betroffenen Ministerien sind die des Krieges, der Finanzen und des Innern.

Italien.

Rom, 3. Dezbr. In der Deputirtenkammer, welche noch immer mit der Generalberatung über die Eisenbahnverträge beschäftigt ist, wurde gestern das Hilfsgefeß für Neapel vertheilt. Laut § 1 sind die Immobilien, Terrains, Straßen und Plätze, auf welchen neue Quartiere erbaut werden sollen, zu expropriiren. Die Besserungsarbeiten sollen innerhalb 12 Jahren beendet sein. § 2 bestimmt, daß zur Beschaffung der Fonds spezielle Rentenpapiere im Werthe von 100 Millionen Lire emittirt werden sollen. Laut § 3 werden dieselben in 12 Jahresabschnitten ausgegeben, mit 5 Procent verzinst und innerhalb 60 Jahren amortisirt. § 4 besagt, daß der Staat die Emission bejorgen und die Hälfte der Zinsen bezahlen, die andere Hälfte aber die neapolitanische Commune tragen wird. Laut § 11 verjährt der Staat bis zum Jahre 1900 auf den ihm gebührenden Antheil aus der Einnahme der Coniunsumsteuer.

Die vom Vatican projectirte große Pilgerfahrt nach dem Grabe des Papstes Hildebrand in Salerno soll am 25. Mai 1885, dem Jahrestage seines Todes, in Scene gesetzt werden.

Rußland.

Petersburg, 5. Dezember. Bei der letzten Anwesenheit des Kaiserpaars in Petersburg meldete eine Depesche des Telegraphenbureaus die völlige Ueberfiedelung der kaiserlichen Familie nach Petersburg. Das war falsch; das Kaiserpaar ist nach Gatchina zurückgekehrt und nimmt seinen Aufenthalt hier selbst erst im nächsten Monat. Es fällt allgemein auf, daß der Hofminister Graf Woronzow-Dachkow so häufig Urlaub nimmt, trotzdem er sich einer ganz vortrefflichen Gesundheit erfreut. Man meint, der Graf sei seiner Charge längst überdrüssig und suche nur nach einem Grunde, dieselbe niederzulegen. Man würde das von vielen Seiten lebhaft bedauern, denn der Hofminister hat sich immer als liebenswürdige und persönlich gekannte Persönlichkeit gezeigt. Vor einem Jahr erzählte man sich hier, daß die Kaiserin wegen gewisser Vorkommnisse seine Ent-

fernung gewünscht habe, während der Zar ihr seinen Freund als unentbehrlich bezeichnete.

* Am Dienstag, den 9. d. M., nehmen die Verhandlungen im jensationellen Criminalprozeß ihren Anfang, welcher gegen den früheren Polizeiobersten Miranowitsch angestrengt worden ist wegen Ermordung des zwölfjährigen jüdischen Mädchens Sarah Weder. Mehr als 100 Zeugen sind vorgeladen worden.

Odesa, 3. Dezember. In den hiesigen Getreidelagern zur Zeit 600 000 Tschetwert Getreide aller Art. Im vergangenen Jahre um diese Zeit lagerten hier anderthalb Millionen Tschetwert. Die in diesem Jahre so unbedeutenden Vorräthe erklären sich theils durch die überaus niedrigen Getreidepreise, theils auch durch die schlechten Wege.

Serbien.

Belgrad, 5. Dez. Minister Garašanin hat den auswärtigen Vertretern notifizirt, daß die serbisch-bulgariße Affäre durch einen persönlichen Briefwechsel zwischen dem König von Serbien und dem Fürsten von Bulgarien beigelegt wurde und daß Serbien demnach einen diplomatischen Vertreter nach Sofia absenden werde.

Amerika.

* Die Ankündigung der Präsidentenbotschaft, daß mit der Regierung von Nicaragua ein Vertrag abgeschlossen ist, welcher den Vereinigten Staaten das Recht genährt, einen Canal durch Nicaragua zu bauen, erregt viel Aufsehen. Der Vertrag muß von Zweidrittel des Senats bestätigt werden. Im Allgemeinen herrscht einiges Erstaunen, daß eine abtretende Verwaltung eine Frage wieder in den Vordergrund schiebt, die dem neuen Präsidenten und seinen Rathgebern viele Verlegenheiten bereiten könnte, da ein ausschließlich unter Controlle der Vereinigten Staaten stehender interoceantischer Canal zu Conflicten mit England und andern Mächten führen müßte. Die Blätter der demokratischen Partei verpflichten die demokratischen Senatoren, nicht zur Annahme des Vertrages die Hand zu bieten.

* Am 14. Oktober hat der Präsident der Argentinischen Republik dem apostolischen Delegaten Matera, Erzbischof von Trenopolis die Pässe geschickt und ihm die Zeit von 24 Stunden gesetzt, um das Gebiet der Argentinischen Republik zu verlassen. Der Ausgangspunkt des jetzigen Streites ist ein verhältnismäßig geringfügiger, doch ist er nur der letzte Tropfen gewesen, der das zum Rande gefüllte Maß der Uebergriffe der hohen katholischen Geistlichkeit zum Ueberlaufen gebracht hat. Aus den im Vortrout vorliegenden amtlichen Schriftstücken stellt die „Köln. Ztg.“ den Sachverhalt wie folgt dar: Die Leiterin einer Normalschule zu Cordoba hatte an den Minister des öffentlichen Unterrichts eine Eingabe gerichtet, in der sie eine Petition erwähnte, die sie an den apostolischen Delegaten gerichtet, und die Antwort, die dieser ertheilt. Auf Grund dieser Eingabe hatte die Regierung am 30. September dem Delegaten geschrieben, daß sie zwar nicht an die Richtigkeit dieser allen diplomatischen Pflichten und Gebrauchen widersprechenden Antwort glauben könne, daß es aber notwendig sei, daß der Delegat dies feststelle und eine genügende Erklärung über Absicht und Tragweite derselben gebe, falls er trotzdem die Antwort ertheilt habe. Der Erzbischof Matera erwiderte dieses Schreiben in doppelter Weise. Zunächst forderte er am 12. Oktober in kürzester Frist die hündigsten und bestimmtesten Erklärungen wegen eines dieser Vorfälle betreffenden, ihn persönlich betreffenden Auftrages der offiziellen „Tribunal Nacional“, dann schrieb er unter dem 13. Oktober einen Privatbrief an den Präsidenten der Republik, worin er vorausschickte, daß er bereit sei, ihm persönlich aus reiner Höflichkeit und Freundschaft, nicht aber dem Minister, die gewünschten Erklärungen zu geben, daß er aber hoffe, daß in Folge dessen der Minister seine Note vom 30. Sept. zurückziehen werde, denn sonst würde er sich genöthigt sehen, sie offiziell zurückzusenden. Es folgten nun die Erklärungen. Die Regierung ihrerseits schickte hierauf unterm 13. dem Delegaten sein Bescheiderschreiben vom 12. zurück, da es wegen seiner ungebührlichen Ausdrücke unverträglich mit der Achtung sei, welche der Delegat der Regierung schuldig sei, und mit dem Charakter, welchen er ertrage. Gleichzeitig wurde bestimmte Antwort innerhalb 24 Stunden auf die Note vom 30. Sept. verlangt. — Als diese nicht erfolgte, wurden, wie oben mitgetheilt, dem päpstlichen Delegaten die Pässe zugefellt.

Telegraphischer Specialdienst

der Danziger Zeitung.

Berlin, 9. Dez. Im Reichstag wurde heute die zweite Verathung des Etats fortgesetzt, und zwar zuerst diejenige des Militärs.

Abg. Payer (Centr.) regt eine Reform des Militär-Erbschaftsrechtes und Oeffentlichkeit des Verfaßens an und bringt den Vorschlag, daß nicht nur active, sondern auch pensionirte Offiziere der Militärgerichtsbarkeit unterstehen, zur Sprache.

Abg. Richter stellt im Antrag seiner Freunde den Antrag, den Reichskanzler zu ersuchen, eine Vorlage an den Reichstag zu machen, durch welche die Militärgerichtsbarkeit für verabschiedete Offiziere aufgehoben wird. Zur Begründung führt Redner Beispiele an, in denen verabschiedete Offiziere, welche ein Geschäft betreiben, z. B. wegen Bankrotts, vor das Militärgericht gestellt würden. So sei es auch mit dem bekannten Erpressungsfall v. Schleinitz gewesen, so mit einem Redacteur in Schlesien, der verabschiedeter Offizier sei, so mit einem Gutsbesitzer bei Altona, welcher wegen Mißthaltung vor das Militärgericht gestellt wurde. Diese letztere Angelegenheit sei so lächerlich gewesen, daß man sie habe fallen lassen. Hier in Berlin sehe ein verabschiedeter Offizier an der Spitze eines Wahl-Comités und unterzeichne die Wahl-Flugblätter; auch er würde, falls ein solches Flugblatt Verbreitungen enthielte, deshalb vor das Militärgericht gestellt werden.

Kriegsminister Broussart v. Schellendorff spricht sich anfangs durchaus nicht abnehmend aus. Er will die Frage mit der Reform der Militärstrafprozedur lösen: nur die Oeffentlichkeit des Verfahrens bei den Militärgerichten erklärte er für unannehmbar; im späteren Verlauf der Debatte wird er jedoch zurückhaltender und will namentlich zur Disposition gestellte Offiziere unter der Militärgerichtsbarkeit lassen.

Die Socialdemokraten v. Vollmar und Kayser, dann der frühere Justizminister v. Bernuth (nat. lib.) treten gleichfalls für die Reform ein.

Abg. Windthorst (Centr.) hofft, daß Bayern nicht der Oeffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens preisgegeben wird und wünscht Aufschluß vom bairischen Bevollmächtigten darüber. — Dieser erklärt, Bayern habe nicht Anlaß gehabt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Auch Mißhandlungen von Soldaten und Selbstmorde kamen zur Sprache. Nach der Ansicht des Kriegsministers sind die Berichte in der Presse darüber ganz unbegründet oder sehr übertrieben. Die

Motive zu den Selbstmorden würden von den Selbstmördern in ihren nachgelassenen Briefen oft unrichtig angegeben. Wo Beschwerden über Mißhandlungen als berechtigt anerkannt würden, würden sie streng bestraft.

Abg. Richter bezweifelt dies nicht, nur würde eine Beschwerde aus Furcht meistens unterlassen. Ueber den Antrag Richter wird in dritter Lesung abgestimmt werden.

Bei dem Titel 20, Gehalt für die Gouverneure und Plazmajors, beantragt der Abgeordnete Richter die Befolgungen für die Commandanten der offenen Städte Memel, Stettin, Stralsund, Breslau, Hamburg, Hannover, Sonnerburg, Karlsruhe und Darmstadt zu streichen und die Commandanturgeschäfte in diesen Städten den höheren Offizieren der Garnison zu übertragen. Das geschieht in stärker belegten Garnisonen, als diese, z. B. in Potsdam, einem der größten Garnisonorte des Reichs. Für Hamburg-Altona sei früher die dort stark vertretene Socialdemokratie als Grund angegeben worden. Bei der jetzigen veränderten Stellung zwischen Regierung und Socialdemokratie, da der Reichskanzler jetzt 10 Socialdemokraten lieber als einen Freisinnigen im Reichstage sähe, sei dieser Grund nicht mehr anwendbar.

Der Antrag wird nach dem Vorschlage des Abgeordneten v. Köller (conservativ) der Budgetcommission überwiesen. Nächste Sitzung morgen: Anträge auf Aenderung der Geschäftsordnung, Anträge Munkel und Reichensperger betr. Aenderung der Gerichtsverfassung und Strafprozedurordnung und Antrag Jazdzewski, betreffend die Gleichberechtigung der polnischen Sprache.

In der Budgetcommission wurde heute die Mehrforderung von 2700 Mk. für die Bureaubeamten im Reichskanzleramt gegen die Stimmen des Centrums bewilligt, ebenso die Mehrforderung für das statistische Amt, nachdem Staatsminister v. Bötticher erklärt hatte, die Regierung ventillire selber die Frage, wie der weiteren Ausdehnung der statistischen Arbeiten Schranken zu setzen seien. — Bei dem Titel Naturalverpflegung wurde ein Antrag v. Köller auf Abweisung von 5 Millionen abgelehnt.

Berlin, 9. Dezember. Die von der freien wirtschaftlichen Vereinigung zu heute einberufene Sitzung der Commission für die Währungsfrage konnte nicht stattfinden, da nicht ein einziges Mitglied der Commission dazn erschienen war.

Die Commission der Congo-Conferenz beriebt heute über die Schiffsfahrtsacte des Niger. Den Verathungen liegt die für den Congo festgestellte Schiffsfahrtsacte mit denjenigen Abänderungen zu Grunde, welche seitens einiger Mächte nothwendig erachtet werden. Morgen folgt die Fortsetzung der Commissionsverathung.

Berlin, 9. Dez. Bei der heute angefangenen Ziehung der 3. Klasse 171. Lotterie fielen:

1 Gewinn zu 3000 Mk. auf Nr. 82 289.
1 Gewinn zu 1800 Mk. auf Nr. 58 476.
1 Gewinn zu 900 Mk. auf Nr. 63 507.
11 Gewinne zu 300 Mk. auf Nr. 1991 4298
28 717 45 435 45 572 65 782 67 337 69 393
76 426 82 593 82 923.

Bremerhasen, 9. Dezember. Heute wurde das Urtheil des Seemaths über den Zusammenstoß des „Sohlenfaufen“ mit der „Sophie“ vertheilt. Es lautet: Der „Sohlenfaufen“ hat sich dem Geschwader unnothiger Weise genähert und trägt indirect Schuld an dem Zusammenstoß, während die Handlungsweise der Corvette „Sophie“ einen directen Einfluß auf die Collision gehabt; dem hätte die Corvette Guss gehalten und wäre sie, nachdem der Zusammenstoß unvermeidlich war, Jollard ausweichend, wäre alles klar gegangen. Der Frage auf Beitragszahlung des Capitäns der „Sohlenfaufen“ wurde nicht stattgegeben.

Stuttgart, 9. Dez. Die Ständesherren berathen heute die Frage der Reichspostverfassung. Erbgraf v. Helldorf griff heutig die Reichsregierung an und beschuldigte dieselbe, keine Rücksicht auf irgendwelche Gattung von Recht zu nehmen. Minister v. Mittnacht legte hiergegen namens der württembergischen Regierung den entschiedensten Protest ein und wies ebenso entschieden die Erklärung Helldorfs zurück, daß er nicht die württembergische, sondern die preussische Regierung meine. Der Minister fügte hinzu, er könne eine Trennung der preussischen und württembergischen Regierung, wie dies namentlich bezüglich der braunschweigischen Erbfolgefrage seitens des Bundespräsidenten geschehen, in keiner Weise zulassen.

Wien, 9. Dez. Das Abgeordnetenhause nahm ohne Debatte den Gesetzentwurf betreffs Forterbung der Steuern bis Ende März an. Der Abg. Saff brachte einen Antrag auf Abänderung der Reichsrathswahlordnung ein.

In der Angelegenheit der böhmischen Bodencreditanstalt legten heute Mittags 3 delegirte Directoren der Creditanstalt und Bodencredit-Gesellschaft dem Finanzminister die Verhältnisse der Gesellschaft vor. In Finanzkreisen verlautet, es könnte ein Sanierungsplan, wie ein solcher in einem analogen Falle bereits zur Anwendung gelangte unter persönlicher Haftung der Verwaltungsräthe und unter Mitwirkung von Wiener Banken und Garantie des Staates durchgeführt werden.

London, 9. Dezbr. Wie die „Times“ erfährt, wurden die Unterhandlungen zwischen dem Marquis Tseng und Lord Granville behufs Beilegung des französisch-chinesischen Conflicts abgebrochen nicht wegen der von gewisser Seite behaupteten Unfähigkeit Tsengs, sondern weil Frankreich die Bedingungen Chinas, Tamsui, Langson, Caobang und Laotai sollten chinesisch bleiben, als unannehmbar bezeichnete.

Paris, 9. Dezbr. Deputirten-Kammer. Der Berichterstatter Renault hob bei der Verathung der Wahlreformvorlage den versöhnlichen Geist des Senats hervor und empfahl zum Schluss die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs. Die Kammer nahm die fünf ersten Artikel in der von der Commission erhaltenen Fassung an und schritt sodann zur Verathung des sechsten Artikels. Der Deputirte Floquet entwickelte einen Gesetzentwurf, welcher für die Wahl des Senats das allgemeine Stimmrecht zur Grundlage nimmt.

Paris, 9. Dez. Duval, Berichterstatter des Zollauschusses, hat seine Arbeit vorgelegt. Er empfiehlt Abhebung des Viehscholls, der das Fleisch vertheuert und den Nothstand der Arbeiter erhöhen würde.

Der Präsident Grevy begnadigte Heerholz, der unter besonders grausamen Umständen einen Raubmord begangen hat. Der Unwille über diesen Gnadenakt ist allgemein.

Franz Hugues muß heute in der Morgue mit Morins Leidnam confrontirt werden. Sie verlangt von dieser Förmlichkeit befreit zu werden.

Petersburg, 9. Dezember. Gestern fand im Winterpalais die Feier des Georgordens in herkömmlicher Weise statt. Bei dem Diner toastete der Kaiser auf den Kaiser Wilhelm als ältesten Ritter des Georgordens.

Cairo, 9. Dezbr. Das am 2. Dezember gefällte Urtheil des Gerichtshofs in dem Prozeß der Staatsbankrotts gegen die ägyptische Regierung wurde heute verkündet; es verurtheilt die Regierung

